



Forum II: „Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft“. Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung, Eckart von Klaeden MdB und der Parlamentarische Staatssekretär Peter Hintze MdB.

## **Forum II: „Frei und sicher leben in der Chancengesellschaft“**

Das das Bedürfnis nach Freiheit des Einzelnen und die Sicherheit der Gesellschaft in eine ausgewogene Balance gebracht werden müssen, darüber waren sich alle Teilnehmer des Forums „Frei und sicher Leben in der Chancengesellschaft“ einig.

Moderiert vom außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckart von Klaeden, diskutierten der Bundesminister der Verteidigung, Franz-Josef Jung, und Peter Hintze zusammen mit zahlreichen Interessierten über den Entwurf des neuen Grundsatzprogramms.

In seinem Eröffnungsbeitrag wies der Parlamentarische Staatssekretär Peter Hintze auf das uralte Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit, das bereits im biblischen Bild vom Paradies mit seiner Versorgungsfreiheit ausgedrückt wird: Jeder Mensch möchte am liebsten nach seinen Vorstellungen glücklich werden, nur ohne Anstrengung und Risiko. Dem stehen die Realität und die Anforderungen an die Gesellschaft der Zukunft

entgegen: Die Gesellschaft der Zukunft werde immer eine offene Gesellschaft sein, d.h. die Lebensbiografien der Menschen werden unvorhersehbarer, die Bindungs- und Wirkkraft von zentralen Instanzen wie z.B. der Kirchen werde abnehmen und Deutschland werde in zunehmender direkter Konkurrenzsituation mit Regionen weltweit stehen – nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht. Das bedeute für die Menschen viele Möglichkeiten zum Aufstieg, aber auch die Risiken des Abstiegs. In Zukunft werde daher die Freiheit am meisten von Menschen bedroht, die auf der Suche nach mehr Sicherheit sind. Die Kernfrage guter Politik wird sich darin entscheiden, wie die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass jeder seine Chancen nutzen kann.

Der Bundesminister für Verteidigung Franz-Josef Jung machte in seinem Statement deutlich, dass eine „Politik mit Augenmaß“ die richtigen Rahmenbedingungen mit einer ausgewogenen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit setzen kann: Im Kern komme es auf das Prinzip der Verhältnismäßigkeit an. Dies hat die Union dazu bewegt, innere und äußere Sicherheit stärker zu verzahnen und die Bundeswehr in besonderen Gefahrensituationen im Inneren zum Einsatz zu bringen.

In der Diskussion wurde die Chancengesellschaft in Hinblick auf ihre Auswirkungen in der Bildungspolitik wie in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sowie auch in der Sicherheitspolitik erörtert. Ein Unternehmer appellierte für mehr Selbstständigkeit, denn wer die Freiheit, etwas zu unternehmen, nutzen könne, der schaffe auch mehr Sicherheit. Einigkeit herrschte darin, dass dieser Aspekt in der Schule viel zu wenig Beachtung finde und eine besondere Herausforderung für das Bildungswesen sei. Auch über den im Rahmen des Antiterrorkampfes notwendigen Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte fand eine ausführliche Diskussion statt. Zusammenfassend fand die These Zustimmung, dass das richtige Verhältnis der Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit im Leitbild der Chancengesellschaft gut ausgedrückt wird und die von vielen Bürgern gewünschte Sicherheit ermögliche.